

Stadt Braunschweig  
Büro Oberbürgermeister

Eing. 10. DEZ. 2010  
Gesch.-Z. .... 15.11.10  
Anlagen.....

**DIE LINKE.**  
im Rat der Stadt Braunschweig

**Antrag**

Öffentlich

Datum

10.12.2010

Nummer

1730/10

Absender

DIE LINKE.  
Rathaus  
38100 Braunschweig

Adressat

Oberbürgermeister Dr. Hoffmann  
Platz der Deutschen Einheit 1  
38100 Braunschweig

Gremium

Rat

Sitzungstermin

14.12.2010

**Dringlichkeitsantrag**

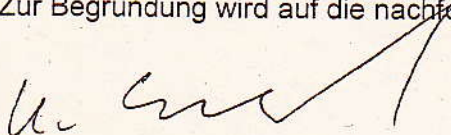
Betreff

**Hilfe für Geschäfte rund um Fallersleber Torbrücke**

Allen Inhabern von Geschäften, die im Umfeld der Fallersleber Torbrücke angesiedelt sind und nachgewiesenermaßen erhebliche Umsatzrückgänge durch die viel zu lange Bauzeit des Brückenbaus erlitten haben, soll zeitnah eine angemessene Entschädigung gezahlt werden. Nach Möglichkeit sollen die entstandenen Kosten dem derzeit beauftragten Bauunternehmen in Rechnung gestellt werden.

Begründung:

Zur Begründung wird auf die nachfolgende Pressemitteilung der FDP verwiesen.



Udo Sommerfeld  
Fraktionsvorsitzender

Freitag, 3. Dezember 2010

**Pressemitteilung – Fallersleber Torbrücke**

„Ein unerträglicher Zustand, der nicht weiter hingenommen werden kann“, meint der Fraktionsvorsitzende der FDP im Rat der Stadt Braunschweig, Daniel Kreßner.

„Irgendwann ist für alle Anlieger das Maß des Zumutbaren überschritten, aber besonders die Geschäftsleute an der Fallersleber Straße sind über Gebühr durch die viel zu langen Bauarbeiten belastet. Wir können nicht zusehen, wie einem Geschäft nach dem anderen die Luft ausgeht“, sagt Kreßner weiter. „Wenn wir jetzt nicht helfen, haben wir irgendwann eine neue Brücke, aber eine Straße ohne Geschäfte.“



Die FDP-Fraktion wird sich dafür stark machen, den Geschäftsleuten zu helfen, z.B. mit einem Fonds zur Entschädigung bei Straßenbaumaßnahmen. Immer wenn Tiefbaumaßnahmen die wirtschaftliche Situation von Gewerbebetrieben vor Ort wesentlich beeinträchtigen und eigene Maßnahmen zur Behebung der Situation nicht ausreichen, soll es Leistungen aus einem Hilfsfonds geben. Über das Vorliegen der Voraussetzungen und die Höhe der Entschädigung sollte ein Beirat entscheiden.

Wir müssen etwas tun, um die Existenzbedrohung abzuwenden“, sagt Kreßner.